Haushaltsrede 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

zunächst bedanke ich mich auch im Namen FDP-Fraktion für die gute Arbeit des Kämmerers, Herrn Peter Wapelhorst, seinem Team und der gesamten Stadtverwaltung dafür, dass es gelungen ist, das sehr hohe Defizit der Stadt in den letzten Jahren kontinuierlich abzubauen. Auch Frau Doktor Monika Dobberstein als Geschäftsführerin der WMS hat mit ihren Mitarbeitern sehr gute Arbeit geleistet. In erfreulich kurzer Zeit wurde das Konversionsprojekt belgisches Viertel entwickelt, erschlossen und zum großen Teil vermarktet. Nach anfänglichen Befürchtungen ist es gelungen das Projekt zu einem wirtschaftlichen Erfolg zu führen. Endlich können sich auch wieder Gewerbebetriebe in Soest ansiedeln, nachdem über etliche Jahre keine adäquaten Grundstücke zur Verfügung standen.
Herr Dreißen als Stadtwerke-Chef bemüht sich nach Kräften, selbst unter sehr erschwerten Bedingungen, positive Ergebnisse zu erwirtschaften. Allerdings scheinen die schönen Zeiten, in denen die Stadtwerke hohe Zahlungen an die Stadt leisten konnten, vorbei zu sein. Um so mehr müssen wir in den nächsten Jahren auf eine strikte Ausgabendisziplin achten. Und hier komme ich jetzt zu unserem Sorgenkind, dem Klinikum der Stadt Soest. Bereits seit Jahren werden keine Überschüsse mehr erzielt, aus denen Investitionen in ausreichendem Maße vorgenommen werden könnten. Ganz im Gegenteil sind in den letzten Jahren enorme Aufwendungen für den Aufbau einer ambulanten Reha investiert worden, die wohl unwiederbringlich verloren sind. Jetzt fehlt das Geld um zwingende Verbesserungen zum Beispiel im Brandschutz tätigen zu können. Unter anderem aus diesem wirtschaftlichen Grund aber auch um die Gesundheitsversorgung der Soester Bevölkerung deutlich zu verbessern, halten wir eine Fusion mit dem Marienkrankenhaus für unumgänglich. Dabei spielt es für uns keine Rolle , anders als in der Presse geschrieben, dass diese Fusion in einer neuen Gesellschaft oder im Rahmen des Hellwegverbundes zustandekommt. Wir gehen aber davon aus, dass es völlig unrealistisch ist, vom Marienkrankenhaus zu verlangen, den Hellwegverbund zu verlassen. Sollte dies weiter die Forderung der anderen Parteien sein, so wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Scheitern der Fusion kommen. Wenn die anderen Fraktionen sich Sorgen machen zum Beispiel um die Mitbestimmung, weil das kommunale und das kirchliche Tarifrecht nicht komplett übereinstimmen, so machen wir uns Sorgen, um den Fortbestand des Klinikums und damit um die vielen Arbeitsplätze, die damit verbunden sind. Das ist auch die große Befürchtung der Mitarbeiter selbst, wie wir aus erster Quelle wissen. Die angestrebten wirtschaftlichen Ergebnisse für 2018 werden mal wieder nicht erreicht. Die Liquidität ist aufs äußerste angespannt und es wird wahrscheinlich nicht mehr lange dauern, bis der Geschäftsführer wieder beim Gesellschafter anklopft und weitere Gelder beantragen wird. Wir halten es unter anderem deshalb für zwingend geboten eine zentrale Controllingstelle bei der Stadt als Stabsstelle einzurichten. Bisher befasst sich das Beteiligungscontrolling mit Daten, die die Gesellschaften für Aufsichtsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen vorlegen. Was bisher nicht erfolgte ist eine frühzeitige Einbindung in Vorhaben, die in den Gesellschaften vorangetrieben werden. In der Regel

werden die Projekte den Aufsichtsräten zur Beschlussfassung vorgelegt, ohne eingehende Prüfung durch die Stadt selbst. Dies scheint angesichts der Vielzahl der Projekte und einiger Misserfolge nicht mehr ausreichend zu sein. Es werden zunehmend Tochtergesellschaften bei den Beteiligungsgesellschaften gebildet, die für die Aufsichtsgremien und den Rat weniger transparent sind. So haben die Aufsichtsräte Projekte genehmigt, die sich negativ entwickelt haben. Als aktuellstes Beispiel wäre hier die Vitales GmbH in Unna zu nennen. Die FDP Soest ist der Ansicht, dass den Aufsichtsräten hier seitens der Stadt mehr Unterstützung zukommen muss, da auch ein persönliches Risiko der Aufsichtsratsmitglieder gegeben sein könnte. Eine Einsichtnahme durch die Stadt muss auch in einem frühen Stadium schon möglich sein, um eine fundierte Risikobeurteilung erstellen zu können. Deshalb bitte ich sie in diesem Punkt um Ihre Zustimmung.

Ich wünsche dem Bürgeremeister, der Stadtverwaltung und uns Politikern selbst die Fähigkeit, für eine positive Entwicklung unserer schönen Stadt Soest, die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit